

«Jeder muss seinen Beitrag leisten»

Datensicherheit Die Digitalisierung schreitet weiter voran. Zwar vereinfacht sie vieles, birgt aber auch Gefahren. Liechtenstein als Wirtschaftsstandort ist dabei besonders gefährdet. Was dagegen unternommen wird, wurde am gestrigen IKT-Forum behandelt.

Joël Grandchamp
jgrandchamp@medienhaus.li

Vaduz Die zunehmende Wichtigkeit der Internetsicherheit zeigte sich nicht zuletzt an der Besucherzahl des Forums für Informations- und Kommunikationstechnologie Liechtenstein (IKT) gestern Abend. «Noch nie konnten wir so viele Gäste begrüßen», freute sich Sandro Parissenti, Präsident des IKT-Forums, bei seiner Begrüssung. Die Sicherheit der Informatik sei ein Thema, welches derzeit häufig in den Chefetagen der meisten Firmen behandelt werde. «Es gibt nur einen Weg, sich vor Cyberkriminalität zu schützen: den Stecker ziehen», sagte Parissenti. Eine Lösung, die zwar funktionieren würde, aber in der heutigen Zeit kaum mehr möglich sei – besonders nicht für Unternehmen. Dieser Herausforderung muss sich auch das Land Liechtenstein stellen, um den Wirtschaftsstandort sicherzustellen.

Frage der öffentlichen Sicherheit

Auch Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zweifelhofer müsse sich als Wirtschafts- und Innenminister intensiv mit den Fragen der Cyberkriminalität beschäftigen: «Die Frage, auf die ich dann jeweils ziemlich rasch stosse, lautet natürlich: Was ist die Rolle des Staates und was können Private besser und effizienter lösen als der Staat?» Dabei dürfe



Andreas Dudler, Direktor der Stiftung Switch, klärte über die Aufgaben der Stiftung auf.

Bilder: Tatjana Schnalzer

man sich nichts vormachen; selbst grössere Staaten als Liechtenstein, die über deutlich mehr Ressourcen verfügen, stossen bei der Abwehr von Angriffen aus dem Internet an ihre Grenzen.

Die Sicherheit im Internet findet daher auch in der Standortstrategie 2.0 ihren Platz, wo ein Bündel an Massnahmen aufgelistet werde, von denen sich ein Teil bereits in der Umsetzung befindet. Eine der untersuchten Stossrichtungen für Liechtenstein sei

beispielsweise die eines Technologiestandorts, wo für Liechtenstein noch Wachstumsmöglichkeiten bestehen. «Ich begrüsse es daher sehr, dass sich heute in diesem Rahmen die Wirtschaft und die Unternehmen selbst mit der Frage beschäftigen, wie die Cybersecurity verbessert werden kann», sagte Zweifelhofer.

Zwar könne man in Liechtenstein auf viel inländisches Know-how zurückgreifen, für einiges brauche man aber doch starke

Partner im Ausland, was bereits sehr gut funktioniere. Beispielsweise arbeite die Landespolizei erfolgreich mit der Melde- und Analysestelle Informationssicherung der Schweiz zusammen. Auch wenn es darum geht, die Internetadressen, die auf «.li» enden, zu verwalten, arbeitet Liechtenstein mit der schweizerischen Stiftung «Switch» zusammen, welche auch die «.ch»-Domains betreut und seit 30 Jahren die Universitäten und Hochschulen der

Schweiz und Liechtenstein miteinander vernetzt.

Die Stiftung Switch beschäftigt sich bereits seit Langem auch mit der Sicherheit der Hochschulnetzwerke und arbeitet zudem daran, die schweizerischen und liechtensteinischen Internetdomains vor Angriffen zu schützen. Die häufigsten Angriffe passieren nämlich mit sogenannter Malware – Programme, die Daten eines infizierten Computers unerlaubt an Dritte weiterleiten

und teilweise sogar die Kontrolle übernehmen.

Diese Malware kann auf verschiedenste Arten verteilt werden. Häufig seien es infizierte Anhänge an E-Mails oder eben Webdomains, die gehackt oder umgeleitet werden und den Computer beschädigen, ohne dass es der Benutzer merkt. «In den vergangenen vier Jahren gab es in der Schweiz und Liechtenstein 25 000 gemeldete Fälle solcher Webseiten. Bei 12 000 war Malware im Spiel, die sich bei einem Besuch der Website verbreitete», berichtete Micheal Hausding, Competence Lead DNS und Domain Abuse bei Switch. Zwar kann Switch solche Seiten nach einer Warnfrist von 24 Stunden sperren, dennoch sei es «ein Katz-und-Maus-Spiel», sagte Hausding.

«Studenten klicken einfach alles an»

Als Antwort auf die steigenden Angriffe habe Switch ein sogenanntes Computer Emergency Response Team – ein Krisenteam für Cyberangriffe – ins Leben gerufen. Dieses versucht, Angriffe möglichst früh zu erkennen – ein Bereich, in dem die Switch Erfahrung hat: «In unserem Hochschulnetzwerk befinden sich 500 000 Studenten, die klicken auf alles», lachte Hausding. Niemand könne aber die Gefahr durch Malware alleine bannen. «Jeder muss seinen Beitrag leisten und vorsichtig sein im Internet, sei es nun Banken, Provider oder Endnutzer.»



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zweifelhofer betonte die Wichtigkeit der IT-Sicherheit für den Wirtschaftsplatz Liechtenstein.



Roger Guntli, FMA-Zuständiger für IT, und Michael Valersi, stellvertretender Datenschutzbeauftragter Liechtensteins, im Gespräch anlässlich des IKT-Forums.

Knappes Abstimmungsresultat erwartet

Familie und Beruf Sowohl Befürworter als auch Gegner wollen keine genaue Prognose über das Abstimmungsresultat der Initiative der Wirtschaftskammer stellen. Beide sind sich einig, dass das Thema so oder so noch lange nicht vom Tisch ist.

Der Abstimmungssonntag zur Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer rückt näher. Und obwohl sich viele Leserbriefschreiber negativ zur Initiative äussern, scheint der Ausgang der Abstimmung noch offen zu sein. «Auch wenn Umfragen und Leserbriefe das Gefühl vermitteln, dass die Chancen für ein Nein gut stehen, ist es schwierig zu beurteilen, wie es wirklich aussieht», sagt Herbert Elkuch vom Gegenkomitee. «Wenn das Ergebnis zu unseren Gunsten ausgeht, dann wird es sicher kein überwältigendes Nein», fügt er an. Auch für Jürgen Nigg vom Initiativkomitee

ist der Abstimmungsausgang schwierig abzuschätzen. «Wir sind aber guten Mutes, dass wir die Abstimmung knapp gewinnen können», sagt er. Denn es seien immer wieder dieselben Personen, die sich in Leserbriefen negativ zur Initiative äussern würden.

«Thematik wird vermischt»

Während des Abstimmungskampfes ist eine emotionale Grundsatzdebatte in der Bevölkerung über verschiedene Familienmodelle entflammt. Viele sehen die Initiative als Angriff auf

das traditionelle Familienmodell, wo nur ein Elternteil erwerbstätig ist. «Viele Stimmbürger vermischen diese Thematik mit unserer Initiative. Dies ist das grosse Problem», sagt Jürgen Nigg. Das hätte sich vor allem bei Gesprächen am Informationsstand des Initiativkomitees an der Lihga herauskristallisiert. Doch laut den Initianten soll diese Gesetzesänderung ein erster Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. «Die gesellschaftspolitischen Fragen müssen von den Parteien und der Regierung geklärt werden», so Nigg. Die Aufklärungsarbeit an der Lihga sei

deshalb ein wichtiger Schritt im Abstimmungskampf gewesen.

Ursprünglich wollte das Initiativkomitee den Fokus auf die Neuorganisation des Mutterschaftstaggeldes legen. Mit der Schlagzeile «Schwangerschaft darf nicht länger eine Krankheit sein» sollte das Thema in den Mittelpunkt der Diskussionen gerückt werden. Die Bevölkerung ist allerdings nicht auf diesen Zug aufgesprungen und hat sich in die Debatte um die Kita-Finanzierung verbissen. «Das ist schade. Denn eigentlich ist das Mutterschaftstaggeld das grössere Thema, wenn auch beide

Anliegen wichtig sind», sagt Jürgen Nigg.

«Stillstand wird es keinen geben»

Dass die Kita-Finanzierung neu geregelt werden muss, davon ist auch Herbert Elkuch vom Gegenkomitee überzeugt. «Es müssen alle Institutionen für ausserhäusliche Betreuung gleich behandelt werden», betont er. Und auch betreffend dem Mutterschaftstaggeld müsse eine neue Lösung her. «Allerdings ist die Initiative der falsche Weg.» Dass die finanziellen Mittel aus der Familienausgleichskasse (FAK) bezogen werden sollen, sieht er als pro-

blematisch an. «Es ist einfach nicht durchdacht.»

Sowohl Jürgen Nigg als auch Herbert Elkuch sind überzeugt, dass dieses Thema die Politik weiter verfolgen wird – egal wie die Abstimmung ausgeht. «Wir haben das Thema angestossen, dies ist bereits ein Teilerfolg», sagt Nigg. Auch Herbert Elkuch ist sich sicher, dass ein Nein nicht einen Stillstand bedeuten wird. «Wir vom Gegenkomitee arbeiten bereits an Vorschlägen, welche die momentane Situation verbessern könnten.»

Manuela Schädler
mschaedler@medienhaus.li